

Aus einem Dokument des US-Außenministeriums, dessen Freigabe gerichtlich durchgesetzt wurde, geht hervor, dass die Obama-Regierung im Mittleren Osten und in Nordafrika von ihr finanzierte NGOs die Voraussetzungen für Regimewechsel schaffen lässt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 100/14 – 09.07.14

Ein Dokument des US-Außenministeriums belegt, dass Regimewechsel im Mittleren Osten und in Nordafrika mit Geld aus den USA vorbereitet wurden

Middle East Briefing, 24.06.14
(<http://mebriefing.com/?p=789>)

Die Obama-Regierung verfolgt seit 2010 eine Politik der verdeckten Unterstützung der Muslim-Bruderschaft und anderer Aufstandsbewegungen im Mittleren Osten. Middle East Briefing / MEB (s. <http://mebriefing.com/>) liegt ein Dokument des US-Außenministeriums vor, dessen Veröffentlichung unter Berufung auf den Freedom of Information Act / FOIA (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Freedom_of_Information_Act) gerade gerichtlich durchgesetzt wurde; daraus geht hervor, dass die Obama-Regierung mit Kampagnen im Mittleren Osten und in Nordafrika aktiv die Herbeiführung von Regimewechseln betreibt.

Das Dokument mit dem Titel "Middle East Partnership Initiative Overview" (Übersicht über partnerschaftliche Initiativen im Mittleren Osten, s. dazu auch <http://mepi.state.gov/> und http://en.wikipedia.org/wiki/Middle_East_Partnership_Initiative) vom 22. Oktober 2010 enthält ausgeklügelte Programme des US-Außenministeriums zum Aufbau "zivilgesellschaftlicher und vor allem nichtstaatlicher Organisationen / NGOs", über die sich die Innenpolitik der ins Visier genommenen Länder im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der USA beeinflussen lässt.

Das fünfseitige Dokument ist zwar in der Sprache der Diplomaten verfasst, lässt aber klar erkennen, dass die Förderung und Steuerung eines politischen Wechsels in den anvisierten Ländern das eigentliche Ziel der MEPI ist: (Weitere Infos zu MEPI sind nachzulesen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Middle_East_Partnership_Initiative .)

"Die Middle East Partnership Initiative / MEPI ist ein Regionalprogramm, das Bürger im Mittleren Osten und in Nordafrika dazu befähigen soll, stärker pluralistisch geprägte, mitbestimmte und prosperierende Gesellschaften zu entwickeln. Wie die Zahlen in dieser Übersicht belegen, hat sich die MEPI seit ihren Ursprüngen im Jahr 2002 in ein flexibles, über die ganze Region ausgeweitetes Instrument zur direkten Beeinflussung der einheimischen Zivilgesellschaft entwickelt, das die Tagespolitik der US-Regierung vor Ort durchsetzen hilft. MEPI bezieht alle Staaten der Region Near East Affairs / NEA (s. obige Karte) außer dem Iran ein. Über sieben der achtzehn Staaten und Gebiete der NEA-Region, in der auch die United States Agency for International Deve-



Karte entnommen aus <http://www.state.gov/p/nea/ci/>

lopment / USAID (die US-Agentur für internationale Entwicklung, s. http://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Agency_for_International_Development) präsent ist, tausche MEPI und USAID in Washington ihre Erfahrungen aus und treffen Absprachen, die sicherstellen, dass sich ihre jeweiligen Bemühungen zu einem einheitlichen Programm ergänzen."

In einem Abschnitt des Dokuments mit der Überschrift "Wie MEPI arbeitet" werden drei Kernelemente des Programms dargestellt: Es gibt länderübergreifende Programme für die ganze Region, lokal eingesetzte Fördermittel und länderspezifische Projekte.

Die Ziele der länderübergreifenden Regionalprogramme werden beschrieben als "Aufbau von Netzwerken für Reformwillige, damit sie voneinander lernen und einander unterstützen können".

Die "lokalen Fördergelder" werden zur direkten Unterstützung ziviler einheimischer Gruppen verwendet; mehr als die Hälfte der MEPI-Projekte betreffen solche lokalen Gruppen.

Für die "länderbezogenen Aspekte des Programms" und die Verteilung der dafür zur Verfügung stehenden Gelder sind damit beauftragte Mitarbeiter der US-Botschaften zuständig, die in direkten Kontakt mit den verschiedenen unterstützten NGOs und anderen zivilen gesellschaftlichen Gruppen treten. "Die länderspezifischen Projekte werden auf Empfehlung der US-Botschaften, einheimischer Reformer oder von US-Analysten vor Ort auf die Entwicklungen und Bedürfnisse der jeweiligen Länder abgestimmt. Aus neuen politischen Entwicklungen in einem Land können sich neue Ziele und Herausforderungen für die Politik der US-Regierung ergeben, die eine Umschichtung der über MEPI verteilten Gelder erfordern."

Nach dem Dokument vom Oktober 2010 ist der Deputy Chief of Mission / DCM (der stellvertretende Botschafter) jeder US-Botschaft in Middle East-North Africa / MENA für das MEPI Programm verantwortlich; das lässt erkennen, wie wichtig es eingeschätzt wird. Aus dem Dokument geht auch hervor, dass MEPI nicht mit den Regierungen der betreffenden Staaten abgestimmt wird:

"Mit MEPI soll vorrangig die Zivilgesellschaft beeinflusst werden – durch Vertreter von NGOs, die aus den USA oder aus der Region kommen. MEPI stellt ihr Geld nicht den ausländischen Regierungen zur Verfügung und handelt auch keine bilateralen Unterstützungsabkommen mit ihnen aus. Als Regionalprogramm kann MEPI Gelder auch über Ländergrenzen hinweg in neue Problemgebiete umleiten."

Aus dem Dokument ist zu ersehen, dass ab 2010 der Jemen, Saudi-Arabien, Tunesien, Ägypten und Bahrain Vorrang hatten und MEPI-Hauptquartiere in Abu Dhabi und Tunis die Koordinierungszentren für das gesamte Regionalprogramm waren. Bereits im ersten Jahr nach dem Start des Programms wurden auch Libyen und Syrien in die Liste der Länder aufgenommen, die bei Interventionen in die Zivilgesellschaft Priorität genießen.

Das Dokument des US-Außenministeriums musste im Zusammenhang mit einer FOIA-Klage um Informationen über die Presidential Study Directive / PSD 11 (s. <http://fas.org/irp/offdocs/psd/>) freigegeben werden, die selbst "geheim" bleibt, wurde aber noch nicht veröffentlicht. Nach Informationen, die MEB vorliegen, geht es in der PSD 11 um Pläne der Obama-Regierung für die Unterstützung der Muslim-Bruderschaft und mit ihr verbündeter "islamistischer Bewegungen", die man damals noch für kompatibel mit den außenpolitischen Zielen der USA in der Region hielt.

Die MEPI wird derzeit von Paul Sutphin (weitere Infos über ihn unter [2/5](http://2001-</p></div><div data-bbox=)

2009.state.gov/r/pa/pl/ngo/35251.htm) geleitet; der war früher US-Generalkonsul in der kurdischen Stadt Erbil im Irak und dann Direktor des Büros für israelische und palästinensische Angelegenheiten in der Abteilung Near East Affairs des US-Außenministeriums. Seine Stellvertreterin ist Catherin Bourgeois, die im Februar 2009 als Abteilungschefin für Politik und Programmgestaltung zur MEPI kam. Vorher war sie im Außenministerium zuständig für die Einsetzung der Informationstechnologie bei der Durchsetzung von Zielen der US-Außenpolitik.

Nach der Erstellung des MEPI-Dokuments im Oktober 2010 waren zwei weitere führende Offizielle des US-Außenministeriums für die Weiterentwicklung und Ausrichtung des Programms auf Regimewechsel zuständig. Tomicah S. Tillemann (weitere Infos über ihn unter http://en.wikipedia.org/wiki/Tomicah_Tillemann) wurde im Oktober 2010 von der damaligen Außenministerin Hillary Clinton zum Chefberater für Zivilgesellschaften in sich entwickelnden Demokratien berufen und hat diesen Posten auch unter Außenminister John Kerry behalten. Er hat die Lantos Foundation Human Rights and Justice (s. <http://www.lantosfoundation.org/AboutLantosFoundation.asp>) gegründet, eine NGO, die nach seinem Großvater Tom Lantos, einem ehemaligen Kongressabgeordneten, benannt ist.

Im September 2011 wurde William B. Taylor zum Chef des damals neu geschaffenen Office for the Special Coordinator for Middle East Transitions (das Büro des Spezialkoordinators für Übergänge im Mittleren Osten, s. unter <http://www.state.gov/s/d/met/>) berufen; während der Orangen Revolution von 2006 bis 2009 war er US-Botschafter in der Ukraine. Das US-Außenministerium beschreibt die Aufgaben dieses Büros wie folgt:

"Das Office for the Special Coordinator for Middle East Transitions / D/MET, das im September 2011 gegründet wurde, koordiniert die Hilfe der US-Regierung für junge Demokratien, die aus Volksaufständen im Mittleren Osten und in Nordafrika – also in der MENA-Region – hervorgehen. Der Spezialkoordinator für Übergänge im Mittleren Osten entwickelt eine Strategie zur Unterstützung von MENA-Staaten, die sich im Übergang zur Demokratie befinden – wie derzeit Ägypten, Tunesien und Libyen."

Die kompletten Dokumente des US-Außenministeriums, deren Freigabe durch das FOIA-Verfahren durchgesetzt wurde, werden bald als Teil einer umfassenden MEB-Dokumentation über das Regimewechsel-Programm, die bereits in Arbeit ist, auf dieser Website veröffentlicht.

(Wir haben den informativen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Middle East Briefing / MEB ist eine Publikation der Orient Advisory Group, über die unter http://mebriefing.com/?page_id=8 weitere Infos zu finden sind. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



U.S. State Dept. Document Confirms Regime Change Agenda in Middle East

June 24th 2014

The Obama Administration has been pursuing a policy of covert support for the Muslim Brotherhood and other insurgent movements in the Middle East since 2010. MEB has ob-

tained a just-released U.S. State Department document through a Freedom of Information Act lawsuit that confirms the Obama Administration's pro-active campaign for regime change throughout the Middle East and North Africa region.

The October 22, 2010 document, titled "Middle East Partnership Initiative: Overview," spells out an elaborate structure of State Department programs aimed at directly building "civil society" organizations, particularly non-governmental organizations (NGOs), to alter the internal politics of the targeted countries in favor of U.S. foreign policy and national security objectives.

The five-page document, while using diplomatic language, makes clear that the goal is promoting and steering political change in the targeted countries:

"The Middle East Partnership Initiative (MEPI) is a regional program that empowers citizens in the Middle East and North Africa to develop more pluralistic, participatory, and prosperous societies. As the figures in this overview illustrate, MEPI has evolved from its origins in 2002 into a flexible, region-wide tool for direct support to indigenous civil society that mainstreams that support into the daily business of USG diplomacy in the region. MEPI engages all the countries of the NEA region except Iran. In the seven of NEA's eighteen countries and territories with USAID missions, country-level discussions and communication between MEPI and USAID in Washington ensure that programming efforts are integrated and complementary."

In a section of the document titled "How MEPI Works," three core elements of the program were spelled out: region-wide and multi-country programming, local grants, and country-specific projects.

The objectives of the region-wide and multi-country programming were described as: "builds networks of reformers to learn from and support one another, and to catalyze progressive change in the region."

The local grants "provide direct support to indigenous civic groups, and now represent more than half of MEPI's projects." Under the country-specific aspect of the program, designated officers of the U.S. embassies manage the funding and work as direct liaisons to the various funded local NGOs and other civil society groups.

The "country-specific projects" are tasked "to respond to local developments and local needs, as identified by our embassies, local reformers, and our own field analysis. Political developments in a country may produce new opportunities or challenges for USG policy goals, and MEPI will shift funds to respond to these needs."

According to the October 2010 document, the Deputy Chief of Mission (DCM) at every U.S. embassy in the MENA (Middle East/North Africa) is in charge of the MEPI program, giving it a clear high priority. The document makes clear that the Middle East Partnership Initiative is not coordinated with host governments:

"MEPI works primarily with civil society, through NGO implementers based in the United States and in the region. MEPI does not provide funds to foreign governments, and does not negotiate bilateral assistance agreements. As a regional program, MEPI can shift funds across countries and to new issue-areas as needed."

The document makes clear that special priority, as early as 2010, was given to Yemen, Saudi Arabia, Tunisia, Egypt and Bahrain, and that project headquarters in Abu Dhabi and

Tunisia were overall coordinating centers for the entire regional program. Within a year of its inception, Libya and Syria were added to the list of countries on the priority list for civil society intervention.

The State Department document was released as part of an FOIA suit focused on Presidential Study Directive 11, which remains classified “secret” and has not yet been released to the public. According to MEB sources, PSD-11 spelled out the Obama Administration’s plans to support the Muslim Brotherhood and other allied “political Islam” movements believed at the time to be compatible with U.S. foreign policy objectives in the region.

The MEPI is currently directed by Paul Sutphin, who was previously U.S. consul general in Erbil, Iraq and more recently, Director of the Office of Israel and Palestinian Affairs at the State Department’s Bureau of Near Eastern Affairs. His deputy is Catherin Bourgeois, who was first assigned to MEPI in February 2009 as Division Chief of Policy and Programming. Her past State Department assignments have involved the development of Information Technology uses in advancing U.S. foreign policy goals.

Two other senior State Department officials have overseen the development and expansion of the program since the drafting of the October 2010 MEPI document, spelling out its transformation into a regime-change force. Tomicah S. Tillemann is the Senior Advisor for Civil Society and Emerging Democracies, appointed to that post by then-Secretary of State Hillary Clinton in October 2010. He remains in that post under Secretary John Kerry. He was the founder of the Lantos Foundation for Human Rights and Justice, itself an NGO named after Tilleman’s grandfather, the former U.S. Congressman, Tom Lantos.

In September 2011, Ambassador William B. Taylor was appointed to head the then-newly established Office of the Special Coordinator for Middle East Transitions, after having served as the U.S. Ambassador to Ukraine during the “Orange Revolution” of 2006-2009. According to a State Department paper,

“The Office of the Special Coordinator for Middle East Transitions (D/MET), established in September 2011, coordinates United States Government assistance to incipient democracies arising from popular revolts across the Middle East and North Africa (MENA) region. The Special Coordinator for Middle East Transitions implements a coordinated interagency strategy to support designated MENA countries undergoing transitions to democracy—currently, Egypt, Tunisia, and Libya.”

The complete State Department documents released under the FOIA will soon be available as part of a comprehensive MEB Special Report now in production on the regime-change program and its consequences for the region. For upcoming details on this report, check the MEB website.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern